

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Zweiter Bericht zu der Überprüfung der Voraussetzungen zur Einstufung der in Anlage II zum Asylgesetz bezeichneten sicheren Herkunftsstaaten

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| I. Vorbemerkung | 2 |
| II. Zusammenfassung | 3 |
| III. Lage in den einzelnen Staaten | 3 |
| A. Albanien | 3 |
| B. Bosnien und Herzegowina..... | 7 |
| C. Ghana..... | 10 |
| D. Kosovo..... | 13 |
| E. Nordmazedonien..... | 16 |
| F. Montenegro..... | 19 |
| G. Senegal | 23 |
| H. Serbien..... | 25 |
| IV. Andere Staaten der EU | 29 |
| V. Anhang: Statistiken (3. Quartal 2017 bis 3. Quartal 2019) | 31 |
| A. Albanien | 31 |
| B. Bosnien und Herzegowina..... | 36 |
| C. Ghana..... | 41 |
| D. Kosovo..... | 45 |
| E. Nordmazedonien..... | 50 |
| F. Montenegro..... | 55 |
| G. Senegal | 60 |
| H. Serbien..... | 64 |

C. Ghana

Die Voraussetzungen für die Einstufung Ghanas als sicherer Herkunftsstaat liegen weiterhin vor. Es kann als gewährleistet betrachtet werden, dass in Ghana grundsätzlich weder asylrelevante Verfolgung noch Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung noch Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen Konfliktes drohen.

Die Republik Ghana ist eine parlamentarische Demokratie mit einem funktionierenden Mehrparteiensystem. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Dezember 2016 waren frei und entsprachen – trotz einiger Defizite – internationalen Standards. Der anschließende politische Machtwechsel verlief gewaltfrei und problemlos. Ungeachtet dessen bleibt von parteinahen kriminellen Gruppierungen ausgeübte Gewalt („political vigilantism“) ein Problem, insbesondere im Vorfeld von sowie im Nachgang zu Wahlen. Politische Parteien können sich auf der Grundlage der Verfassung und des Parteiengesetzes frei entfalten und sich auch in der Presse artikulieren. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie internationale Nichtregierungsorganisationen können sich frei betätigen.

Die Grundfreiheiten und Menschenrechte sind in der Verfassung eingehend definiert und garantiert (Artikel 12 ff.). Geschützt und überwacht wird die Menschenrechtslage in Ghana durch die in der Verfassung verankerte unabhängige Commission for Human Rights and Administrative Justice (CHRAJ). Eingeschränkt wird die Handlungsfähigkeit von CHRAJ durch ineffiziente Strukturen und ein erhebliches Finanzierungsdefizit. Die Verfassung sieht die Möglichkeit vor, sich im Fall einer Grundrechtsverletzung an das Verfassungsgericht zu wenden.

Systematische Menschenrechtsverletzungen finden in Ghana nicht statt. Unmittelbare und gezielte staatliche Repressionen gegenüber bestimmten Personen oder Personengruppen wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sind in Ghana nicht festzustellen.

Die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit sind verfassungsmäßig garantiert und können ausgeübt werden. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist gegeben. Kritik an gesellschaftlichen Zuständen, politischen Entscheidungen und in religiösen Angelegenheiten kann jederzeit öffentlich vorgebracht werden.

Die Freiheit der Medien ist in der Verfassung garantiert (Artikel 162 ff.). Die Medien genießen einen hohen Grad der Freiheit, die faktisch durch wirtschaftliche Zwänge und schlechte Ausbildung aber oft nur unzureichend genutzt werden kann. Übergriffe gegen Journalisten durch Dritte kommen vor. Im Januar 2019 wurde ein Investigativjournalist ermordet, die Hintermänner konnten trotz erheblicher Bemühungen der ghanaischen Behörden bislang nicht ermittelt werden.

Die Religionsfreiheit wird respektiert. Die Regierung bemüht sich um ausgewogene Vertretung der großen Religionen und berücksichtigt christliche wie muslimische Feiertage gleichermaßen.

Folter ist durch die ghanaische Verfassung verboten. Es gibt hingegen regelmäßig Presseberichte, wonach Personen im Zuge von Strafvollzug oder Strafverfolgung körperlich misshandelt werden, insbesondere durch Schläge, und zwar sowohl von der Polizei als auch von der Armee. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, dass es sich hierbei um verbreitete und systematische Folterungen handelt. Täter werden, so sie sich identifizieren lassen, in der Regel dienst- und strafrechtlich verfolgt. Ghana ist Vertragspartei des Fakultativprotokolls zur Antifolterkonvention, ist jedoch seiner Verpflichtung zur Schaffung einer effektiven nationalen Kontrollinstitution bislang nicht nachgekommen. Insgesamt sind die Haftbedingungen schlecht, nicht zuletzt aufgrund von Überbelegung der Zellen. Ein großes Problem stellen die Haftbedingungen für zum Tode verurteilte Häftlinge sowie die vielen Fälle lang andauernder Untersuchungshaft ohne Anklage dar. Teilweise überschreitet die Untersuchungshaft die später verhängte Strafe.

Eine nach Merkmalen wie Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischer Überzeugung diskriminierende Strafverfolgungs- oder Strafzumessungspraxis lässt sich nicht feststellen. Dies gilt nicht für die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechteridentität. In Ghana steht der „Geschlechtsakt in unnatürlicher Manier“ (Artikel 104 des Strafgesetzbuches „unnatural carnal knowledge“) unter Strafe. Hierzu zählen u. a. homosexuelle Handlungen zwischen Personen über 16 Jahren. Für eine Gesetzesänderung zur Entkriminalisierung bestehen keine Anzeichen, zumal auch in der ghanaischen Bevölkerung weiterhin starke Ressentiments gegen LGBTTI bestehen. Nach Kenntnis der Bundesregierung kam es aber zuletzt 2003 zu einer Strafverfolgung.

Die Justiz ist unabhängig, Korruption ist allerdings ein Problem. Richterinnen und Richter genießen Immunität bei der Ausübung der richterlichen Gewalt. Allseits erheblich beklagt wird die lange Verfahrensdauer von Strafgerichtsprozessen, denen oftmals eine sehr lange Untersuchungshaft vorangeht. Effektiver Zugang zur Gerichtsbarkeit für mittellose Kläger ist nicht gewährleistet.

Ghana ist nicht Vertragspartei des Zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe. Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt, seit 1993 aber nicht mehr vollstreckt. Die seit 2003 amtierende Regierung zeigt bisher keine Initiative zur Abschaffung der Todesstrafe.

Es kommt seitens der Behörden regelmäßig aus unterschiedlichen Gründen zu Zwangsräumungen. Insbesondere die Zwangsäumung von illegalen Minenarbeitern aufgrund des umstrittenen Bergbaugesetzes (Mining Law) wird kritisiert, da das Gesetz keine Vorschriften zur adäquaten Enteignungskompensation und Umsiedlungsverfahren enthält. In diesem Zusammenhang gibt es regelmäßig Berichte über menschenrechtswidrige Vorkommnisse.

Ghana ist Ursprungs-, Transit- und Zielland von Menschenhandel. Kinder- und Menschenhandel werden innerhalb Ghanas sowie in der Region betrieben. Sie sind per Gesetz (Human Trafficking Act, 2005) verboten. Ghana hat bei der Bekämpfung des Menschenhandels in jüngerer Vergangenheit beträchtliche Fortschritte erzielt; Unterfinanzierung und unklare Kompetenzverteilung zwischen den Behörden stellen jedoch weiterhin Hindernisse dar.

Derzeit noch bestehende, gegen Frauen gerichtete diskriminierende Bräuche, wie der vornehmlich in der Volta-Region praktizierte Trokosi-Kult („Übergabe“ von Mädchen oder jungen Frauen in sklavenähnliche Abhängigkeit an lokale Priester zur Abgeltung von Verfehlungen aus dem Kreis ihrer Großfamilie) bleiben ein erhebliches Problem. Der Kampf gegen die weiterhin u. a. im muslimisch geprägten Norden durchgeführte weibliche Genitalverstümmelung zeigt Erfolge, es gibt jedoch Ausweichbewegungen (Rituale werden z. B. nach Grenzüberquerung in Burkina Faso durchgeführt).

Ghana unterzog sich zuletzt im Jahre 2017 dem universellen Staatenüberprüfungsverfahren des VN-Menschenrechtsrates, welches durch die ghanaische Regierung sehr ernst genommen wird. Empfehlungen aus dem UPR werden in der Regel umgesetzt (Ausnahmen: insbesondere Entkriminalisierung und Schutz von LGBTTI sowie Abschaffung Todesstrafe, s. o.).

Der Grundsatz der Nichtzurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention wird eingehalten. In Ghana besteht keine Bedrohung aufgrund willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder internen bewaffneten Konflikts. Die Stabilität Ghanas ist gewährleistet. Eine wesentliche Verschlechterung der politischen Stabilität oder der Menschenrechtsslage in Ghana ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Im Berichtszeitraum ist die Zahl der Asylanträge von Staatsbürgern aus Ghana annähernd gleichgeblieben. Die vergleichsweise hohe Gesamtschutzquote in den beiden letzten Quartalen des Jahres 2017 sowie im ersten Quartal des Jahres 2018 ist auf die relativ niedrige Anzahl getroffener Entscheidungen in diesen Zeiträumen zurückzuführen. Der Gesamtschutzquote kommt bei einer niedrigen Anzahl getroffener Entscheidungen weniger Aussagekraft zu, da bereits wenige positiv entschiedene Fälle, hier in Kombination mit vermehrten Feststellungen von Abschiebungsverboten, die Schutzquote verzerren.

Die Zahl der begründeten, positiv entschiedenen Asylanträge war ab dem 2. Quartal 2018 rückläufig. Demzufolge sank die Gesamtschutzquote im 2. Quartal 2019 auf 1,2 Prozent, stieg jedoch zuletzt aufgrund einer geringeren Anzahl von Asylentscheidungen und der damit einhergehenden Verzerrung der Schutzquote im 3. Quartal 2019 auf 2,2 Prozent an.

G. Senegal

Die Voraussetzungen für die Einstufung von Senegal als sicherer Herkunftsstaat sind weiterhin gegeben. Die Republik Senegal ist eine parlamentarische Demokratie. Die Vielzahl von Parteien kann ungehindert agieren, auch die Opposition wird nicht eingeschränkt. Die Medienlandschaft ist vielfältig und zum Teil regierungskritisch. Die Präsidentschaftswahlen im Februar 2019 verliefen friedlich und folgten nach Einschätzung internationaler Beobachter demokratischen Regeln.

Meinungs-, Versammlungs-, Presse-, und Religionsfreiheit werden durch die Verfassung garantiert und staatlicherseits gewahrt. Einschränkungen erfolgen im Rahmen der geltenden Gesetze. Staatliche Repression gegenüber bestimmten Personen oder Personengruppen aufgrund Nationalität, politischer Überzeugung, Rasse, Ethnie oder Religion findet nicht statt. Es gibt keine politischen Gefangenen und keine Berichte über Fälle von Verschwindenlassen. Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Ethnische und religiöse Minderheiten haben ungehindert Zugang zu Regierungs- und hohen Verwaltungsämtern. Die Regierung sowie die Gesellschaft akzeptieren und praktizieren religiöse Toleranz.

Gewaltenteilung ist rechtlich garantiert. Allerdings kann in der Praxis eine Beeinflussung der Judikative durch staatliche Stellen oder Privatpersonen nicht ausgeschlossen werden. Korruption ist weit verbreitet.

Folter ist verfassungsrechtlich untersagt und strafbar. Bei Demonstrationen kam es in der Vergangenheit zu einzelnen tödlichen Übergriffen von Sicherheitsbehörden gegen Zivilisten. Im Jahr 2016 wurden in diesem Zusammenhang zum Teil erhebliche Freiheitsstrafen gegen Polizisten verhängt. Die Fälle ereigneten sich in der Zeit von 2012 bis 2015. Seither sind keine derartigen Fälle mehr bekannt geworden.

Die Haftbedingungen sind problematisch. Die Haftanstalten sind überfüllt, es mangelt an gesundheitlicher Versorgung und Hygiene sowie an Nahrungsmitteln. Die im Rahmen des umfangreichen Justizreformprojektes angekündigte Verbesserung der Haftbedingungen lässt auf sich warten. Erste Maßnahmen zur Verkürzung der Dauer der Untersuchungshaft, z. B. die Einrichtung weiterer Strafkammern bei den Gerichten, wurden angekündigt.

Im Rahmen des Universellen Staatenüberprüfungsverfahrens des VN-Menschenrechtsrats im November 2018 hat die senegalesische Regierung die Empfehlungen zur Entkriminalisierung und zum stärkeren Schutz von LGBTI-Rechten zwar erneut zurückgewiesen. Allerdings hat die Regierung die Polizei- und Ermittlungsbehörden angewiesen, keine Verfolgung oder Anklagen allein wegen gleichgeschlechtlicher sexueller Handlungen mehr vorzunehmen.

In der senegalesischen Gesellschaft ist Homophobie noch verbreitet, weshalb LGBTI-Personen in der Öffentlichkeit und im familiären Rahmen Diskriminierungen ausgesetzt sein können.

Die Gleichstellung von Mann und Frau wird durch Artikel 7 der Verfassung gewährleistet, unterliegt aber rechtlichen und tatsächlichen Einschränkungen. So sieht das Familiengesetzbuch vor, dass der Mann als „Oberhaupt“ grundlegende Entscheidungen des Familienlebens allein trifft, etwa zum Aufenthaltsort der Familie. In Erbfällen findet häufig islamisches Recht Anwendung, das die Frau benachteiligt.

Auch beim Zugang zu Bildung sind Frauen besonders in ländlichen Gebieten aufgrund ihrer Einbindung in traditionelle Familienstrukturen faktisch benachteiligt. Die Alphabetisierungsquote bei über 15-Jährigen lag 2017 für Männer bei etwa 65 Prozent, für Frauen bei etwa 40 Prozent. Die politische Teilhabe von Frauen wurde in den vergangenen Jahren durch die Einführung von Quoten gefördert, aktuell sind 42 Prozent der Abgeordneten im Parlament Frauen. Weibliche Genitalverstümmelung ist seit 1999 gesetzlich verboten, wird aber von bestimmten Ethnien nach wie vor praktiziert, die sie als tief verwurzelte, soziokulturelle Praxis verteidigen. Laut UNICEF sind etwa ein Viertel der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren betroffen. Staatliche Bemühungen, gegen das niedrige Heiratsalter von Mädchen und sexuelle Gewalt und Vergewaltigung vorzugehen, treffen auf Widerstand religiöser und ethnischer Gruppen.

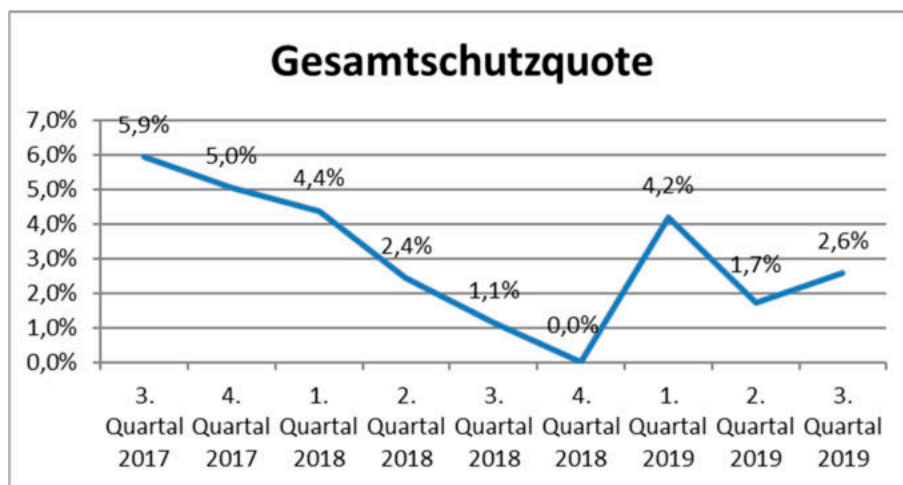
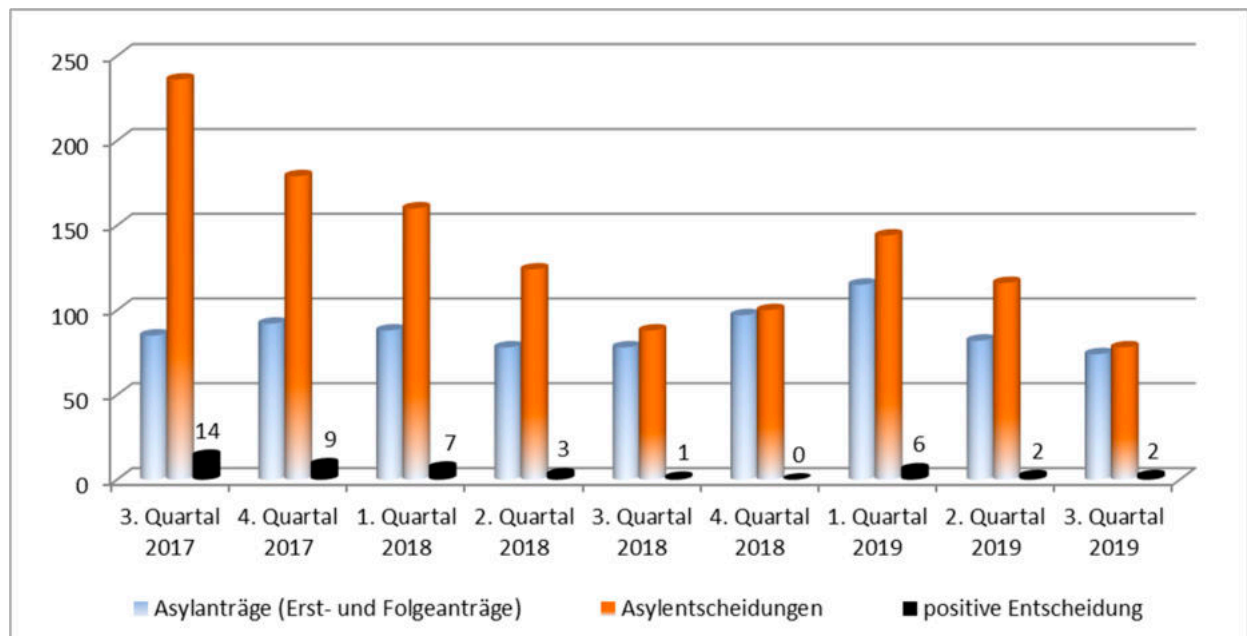
Nach wie vor problematisch ist die Situation der Straßenkinder. Es kann zwischen zwei Konstellationen unterschieden werden. Zum einen die obdachlosen und sich selbst überlassenen Kinder, die versuchen, auf der Straße zu überleben. Zum anderen die große Zahl von Kindern zwischen 3 und 15 Jahren, überwiegend aus ländlichen Gebieten Senegals, Guinea-Bissaus und Malis, die von ihren Familien in Koranschulen geschickt werden. In vielen Fällen werden diese Kinder, „Talibé“ genannt, zum Betteln missbraucht. Die Anordnung von Staatspräsident Sall im Juni 2016, die Straßenkinder in Zentren zu sammeln und sukzessive zu ihren Familien zurückzuschicken, hatte nur geringen Erfolg – die meisten der Kinder waren kurze Zeit später wieder auf der Straße.

Im Konflikt in der Casamance, einer Region im Süden Senegals, herrscht seit Amtsübernahme der Regierung Macky Salls 2012 ein de facto Waffenstillstand. Der Regierungswechsel in Gambia von Diktator Jammeh zum demokratisch gewählten Adama Barrow Anfang 2017 hat zur weiteren Beruhigung des schwelenden Konflikts beitragen.

Die Zahl der Asylanträge von Staatsbürgern aus dem Senegal im Berichtszeitraum ist, trotz geringfügiger Schwankungen, auf einem niedrigen Niveau. Die Gesamtschutzquote war rückläufig und lag zwischen 5,9 Prozent im 3. Quartal 2017 und 0,0 Prozent im 4. Quartal 2018. Aufgrund der relativ niedrigen Anzahl getroffener Entscheidungen im 3. Quartal 2017, sowie im 1. und 3. Quartal 2019 kommt der Gesamtschutzquote weniger Aussagekraft zu, da bereits wenige positiv entschiedene Fälle sowie die Feststellung von Abschiebungsverboten, die Schutzquote verzerren.

Abbildungen

Entwicklung der Zahl der Asylanträge und -entscheidungen sowie der Gesamtschutzquote bezüglich der Staatsangehörigen aus dem Senegal vom 3. Quartal 2017 bis zum 3. Quartal 2019



C. Ghana**Registrierte Asylsuchende**

| | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 71 | 93 | 76 | 79 | 92 | 64 | 1.004* |
| 2018 | 97 | 73 | 80 | 86 | 64 | 76 | 73 | 66 | 70 | 79 | 68 | 80 | 968* |
| 2019 | 107 | 102 | 95 | 91 | 72 | 63 | 70 | 61 | 63 | | | | 748* |

* kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen bei der Asylgesuch-Statistik entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Zahl der Asylanträge

| Zeitraum | Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) | davon: | |
|------------|---|-------------|--------------|
| | | Erstanträge | Folgeanträge |
| Jul 17 | 97 | 84 | 13 |
| Aug 17 | 84 | 78 | 6 |
| Sep 17 | 112 | 102 | 10 |
| Okt 17 | 74 | 62 | 12 |
| Nov 17 | 95 | 82 | 13 |
| Dez 17 | 69 | 59 | 10 |
| Jahr 2017* | 1.134 | 1.035 | 99 |
| Jan 18 | 104 | 87 | 17 |
| Feb 18 | 91 | 83 | 8 |
| Mrz 18 | 73 | 64 | 9 |
| Apr 18 | 82 | 73 | 9 |
| Mai 18 | 82 | 66 | 16 |
| Jun 18 | 47 | 67 | 7 |
| Jul 18 | 64 | 58 | 6 |
| Aug 18 | 83 | 70 | 13 |
| Sep 18 | 61 | 52 | 9 |
| Okt 18 | 80 | 66 | 14 |
| Nov 18 | 78 | 69 | 9 |
| Dez 18 | 45 | 40 | 5 |
| Jahr 2018* | 992 | 863 | 129 |
| Jan 19 | 106 | 94 | 12 |
| Feb 19 | 106 | 91 | 15 |
| Mrz 19 | 101 | 91 | 10 |
| Apr 19 | 86 | 79 | 7 |
| Mai 19 | 81 | 75 | 6 |
| Jun 19 | 46 | 39 | 7 |

| Zeitraum | Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) | davon: | |
|-------------|---|-------------|--------------|
| | | Erstanträge | Folgeanträge |
| Jul 19 | 79 | 72 | 7 |
| Aug 19 | 67 | 57 | 10 |
| Sep 19 | 56 | 52 | 4 |
| Jan-Sep 19* | 775 | 684 | 91 |

* kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Zahl der Asylentscheidungen und Entwicklung des Anteils der positiven Entscheidungen (Gesamtzuschutzquote)

| Zeitraum | Asyl- entscheidungen | davon: | | | | | | |
|------------|-------------------------|---|--|--|---|---|-------------|---|
| | | Aner- kennung als Asyl- berechtigte | Aner- kennungen als Flüchtling nach § 3 AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz nach § 4 AsylG | Feststellung eines Abschiebungs- verbots nach § 60 V/VII AufenthG | Anteil der positiven Ent- scheidungen an allen Ent- scheidungen (in Prozent) | Ablehnungen | sonstige Verfahrens- erledigungen (Einstellungen, Dublin- Verfahren) |
| Jul 17 | 231 | 0 | 1 | 3 | 14 | 7,8 | 158 | 55 |
| Aug 17 | 213 | 0 | 1 | 1 | 9 | 5,2 | 135 | 67 |
| Sep 17 | 150 | 0 | 1 | 0 | 6 | 4,7 | 99 | 44 |
| Okt 17 | 171 | 0 | 1 | 0 | 7 | 4,7 | 121 | 42 |
| Nov 17 | 161 | 0 | 5 | 1 | 5 | 6,8 | 115 | 35 |
| Dez 17 | 131 | 0 | 1 | 0 | 6 | 5,3 | 83 | 41 |
| Jahr 2017* | 3.581 | 0 | 36 | 16 | 129 | 5,1 | 2.558 | 842 |
| Jan 18 | 184 | 0 | 4 | 4 | 8 | 8,7 | 99 | 69 |
| Feb 18 | 125 | 0 | 5 | 0 | 5 | 8,0 | 71 | 44 |
| Mrz 18 | 157 | 0 | 3 | 0 | 5 | 5,1 | 101 | 48 |
| Apr 18 | 104 | 0 | 2 | 3 | 0 | 4,8 | 57 | 42 |
| Mai 18 | 102 | 0 | 0 | 0 | 5 | 4,9 | 59 | 38 |
| Jun 18 | 107 | 0 | 0 | 0 | 3 | 2,8 | 63 | 41 |
| Jul 18 | 74 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1,4 | 41 | 32 |
| Aug 18 | 77 | 0 | 0 | 0 | 2 | 2,6 | 49 | 26 |
| Sep 18 | 81 | 0 | 1 | 0 | 4 | 6,2 | 48 | 28 |
| Okt 18 | 104 | 0 | 1 | 0 | 2 | 2,9 | 67 | 34 |
| Nov 18 | 82 | 0 | 0 | 1 | 0 | 1,2 | 50 | 31 |
| Dez 18 | 61 | 0 | 1 | 0 | 1 | 3,3 | 33 | 26 |
| Jahr 2018* | 1.221 | 0 | 17 | 8 | 37 | 5,1 | 734 | 425 |
| Jan 19 | 107 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1,9 | 56 | 49 |
| Feb 19 | 108 | 0 | 1 | 1 | 1 | 2,8 | 36 | 69 |

| Zeitraum | Asyl- entscheidungen | davon: | | | | | | |
|-------------|-------------------------|---|--|--|---|---|-------------|---|
| | | Aner- kennung als Asyl- berechtigte | Aner- kennungen als Flüchtling nach § 3 AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz nach § 4 AsylG | Feststellung eines Abschiebungs- verbots nach § 60 V/VII AufenthG | Anteil der positiven Ent- scheidungen an allen Ent- scheidungen (in Prozent) | Ablehnungen | sonstige Verfahrens- erledigungen (Einstellungen, Dublin- Verfahren) |
| Mrz 19 | 127 | 0 | 1 | 0 | 2 | 2,4 | 58 | 66 |
| Apr 19 | 122 | 0 | 0 | 0 | 2 | 1,6 | 70 | 50 |
| Mai 19 | 116 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0,9 | 44 | 71 |
| Jun 19 | 106 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0,9 | 39 | 66 |
| Jul 19 | 79 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1,3 | 35 | 43 |
| Aug 19 | 66 | 0 | 0 | 0 | 2 | 3,0 | 29 | 35 |
| Sep 19 | 84 | 0 | 1 | 0 | 1 | 2,4 | 47 | 35 |
| Jan-Sep 19* | 893 | 0 | 3 | 2 | 13 | 2,0 | 410 | 465 |

*kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Differenzierung der Asylantragsteller nach Altersgruppen und Geschlecht

| | Jahr 2017 | Jahr 2018 | Jan-Sep 2019 |
|---------------------------|--------------|------------|--------------|
| Gesamt | 1.134 | 992 | 775 |
| <i>nach Geschlecht:</i> | | | |
| männlich | 726 | 649 | 543 |
| weiblich | 408 | 343 | 232 |
| <i>nach Altersstufen:</i> | | | |
| bis unter 16 Jahre | 279 | 289 | 192 |
| von 16 bis unter 18 Jahre | 29 | 24 | 11 |
| von 18 bis unter 25 Jahre | 227 | 173 | 134 |
| von 25 bis unter 30 Jahre | 207 | 163 | 142 |
| von 30 bis unter 35 Jahre | 182 | 137 | 138 |
| von 35 bis unter 40 Jahre | 105 | 99 | 78 |
| von 40 bis unter 45 Jahre | 50 | 50 | 47 |
| von 45 bis unter 50 Jahre | 21 | 33 | 17 |
| von 50 bis unter 55 Jahre | 20 | 11 | 10 |
| von 55 bis unter 60 Jahre | 10 | 8 | 3 |
| von 60 bis unter 65 Jahre | 3 | 4 | 1 |
| 65 Jahre und älter | 1 | 1 | 2 |

Verfahrensdauer, insbesondere Entscheidungen in besonderen Aufnahmeeinrichtungen

| Zeitraum | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten | darunter: beschleunigte Verfahren |
|--------------|--|-----------------------------------|
| 2017 | 12,5 | 10,1 |
| 2018 | 8,4 | 3,8 |
| Jan-Sep 2019 | 6,3 | 2,6 |

Anhängige Klageverfahren

| Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen | | |
|--|------------|------------|
| anhängig zum Stichtag: | | |
| 31.12.2017 | 31.12.2018 | 31.08.2019 |
| 1.913 | 1.512 | 1.342 |

Hinweis: Die Gerichtsstatistik beruht ausschließlich auf BAMF-internen Daten und ist daher nicht mit den Daten der amtlichen Gerichtsstatistik des Statistischen Bundesamts vergleichbar.

Entwicklung der Zahl der Ausreisepflichtigen

| Monat | aufhältige Staatsbürger | darunter ausreisepflichtig | davon mit Duldung |
|--------|-------------------------|----------------------------|-------------------|
| Jun 17 | 33.373 | 3.742 | 2.795 |
| Dez 17 | 33.902 | 4.098 | 3.363 |
| Jun 18 | 34.557 | 4.219 | 3.550 |
| Dez 18 | 35.304 | 4.139 | 3.485 |
| Jun 19 | 36.468 | 4.332 | 3.616 |

Quelle: Ausländerzentralregister; Bestand jeweils zum Ende des genannten Monats

Zahl der Abschiebungen

| Jahr | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 19 | 6 | 5 | 16 | 16 | 21 | 83 |
| 2018 | 9 | 20 | 11 | 14 | 13 | 21 | 22 | 44 | 30 | 39 | 19 | 24 | 266 |
| 2019 | 19 | 30 | 23 | 23 | 17 | 10 | 11 | 9 | 33 | | | | 175 |

Anzahl der freiwilligen Ausreisen mittels des Bund-Länder-Programms REAG/GARP⁷

| Jahr | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|-------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 8 | 7 | 9 | 6 | 7 | 6 | 43 |
| 2018 | 4 | 7 | 4 | 4 | 7 | 7 | 4 | 3 | 5 | 3 | 3 | 2 | 53 |
| 2019 ⁸ | 1 | 4 | 2 | 5 | 2 | 1 | 3 | 8 | 11 | | | | 37 |

⁷ REAG: Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Program
⁸ vorläufige Zahlen

Anzahl der freiwilligen Ausreisen mittels des Bund-Länder-Programms REAG/GARP¹¹

| Jahr | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|--------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|---------------|
| 2017 | | | | | | | 317 | 228 | 226 | 203 | 133 | 176 | 1.283 |
| 2018 | 111 | 171 | 149 | 164 | 107 | 69 | 83 | 90 | 46 | 106 | 69 | 74 | 1.239 |
| 2019 ¹² | 0 | 204 | 202 | 163 | 149 | 49 | 62 | 64 | 40 | | | | 933 |

¹¹ REAG: Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Program

¹² vorläufige Zahlen

G. Senegal**Registrierte Asylsuchende**

| | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 13 | 13 | 19 | 24 | 28 | 16 | 269* |
| 2018 | 26 | 17 | 15 | 20 | 16 | 10 | 12 | 20 | 25 | 28 | 26 | 28 | 272* |
| 2019 | 28 | 30 | 29 | 30 | 13 | 13 | 23 | 13 | 14 | | | | 203* |

* kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen bei der Asylgesuch-Statistik entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Zahl der Asylanträge

| Zeitraum | Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) | davon: | |
|------------|---|-------------|--------------|
| | | Erstanträge | Folgeanträge |
| Jul 17 | 32 | 13 | 19 |
| Aug 17 | 26 | 12 | 14 |
| Sep 17 | 27 | 22 | 5 |
| Okt 17 | 22 | 14 | 8 |
| Nov 17 | 50 | 37 | 13 |
| Dez 17 | 20 | 15 | 5 |
| Jahr 2017* | 378 | 277 | 101 |
| Jan 18 | 38 | 27 | 11 |
| Feb 18 | 24 | 19 | 5 |
| Mrz 18 | 26 | 18 | 8 |
| Apr 18 | 29 | 20 | 9 |
| Mai 18 | 27 | 19 | 8 |
| Jun 18 | 22 | 17 | 5 |
| Jul 18 | 25 | 16 | 9 |
| Aug 18 | 27 | 15 | 12 |
| Sep 18 | 26 | 19 | 7 |
| Okt 18 | 32 | 24 | 8 |
| Nov 18 | 33 | 28 | 5 |
| Dez 18 | 32 | 22 | 10 |
| Jahr 2018* | 366 | 271 | 95 |
| Jan 19 | 45 | 33 | 12 |
| Feb 19 | 44 | 33 | 11 |
| Mrz 19 | 26 | 23 | 3 |
| Apr 19 | 41 | 32 | 9 |
| Mai 19 | 26 | 19 | 7 |
| Jun 19 | 15 | 11 | 4 |
| Jul 19 | 38 | 29 | 9 |

| Zeitraum | Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) | davon: | |
|-------------|---|-------------|--------------|
| | | Erstanträge | Folgeanträge |
| Aug 19 | 16 | 8 | 8 |
| Sep 19 | 20 | 15 | 5 |
| Jan-Sep 19* | 278 | 211 | 67 |

*kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Zahl der Asylentscheidungen und Entwicklung des Anteils der positiven Entscheidungen (Gesamtzuschutzquote)

| Zeitraum | Asyl- entscheidungen | davon: | | | | | | |
|------------|-------------------------|---|--|--|---|---|-------------|---|
| | | Aner- kennung als Asyl- berechtigte | Aner- kennungen als Flüchtling nach § 3 AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz nach § 4 AsylG | Feststellung eines Abschiebungs- verbots nach § 60 V/VII AufenthG | Anteil der positiven Ent- scheidungen an allen Ent- scheidungen (in Prozent) | Ablehnungen | sonstige Verfahrens- erledigungen (Einstellungen, Dublin- Verfahren) |
| Jul 17 | 91 | 0 | 0 | 0 | 4 | 4,4 | 52 | 35 |
| Aug 17 | 80 | 0 | 2 | 0 | 3 | 6,2 | 39 | 36 |
| Sep 17 | 65 | 0 | 3 | 0 | 2 | 7,7 | 23 | 37 |
| Okt 17 | 46 | 0 | 0 | 0 | 6 | 13,0 | 20 | 20 |
| Nov 17 | 69 | 0 | 1 | 1 | 1 | 4,3 | 34 | 32 |
| Dez 17 | 64 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 30 | 34 |
| Jahr 2017* | 1.634 | 1 | 32 | 4 | 41 | 4,8 | 990 | 566 |
| Jan 18 | 61 | 0 | 0 | 0 | 2 | 3,3 | 24 | 35 |
| Feb 18 | 45 | 0 | 2 | 3 | 0 | 11,1 | 21 | 19 |
| Mrz 18 | 54 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 25 | 29 |
| Apr 18 | 41 | 2 | 0 | 0 | 0 | 4,9 | 13 | 26 |
| Mai 18 | 41 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2,4 | 17 | 23 |
| Jun 18 | 42 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 17 | 25 |
| Jul 18 | 37 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 18 | 19 |
| Aug 18 | 29 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 8 | 21 |
| Sep 18 | 22 | 0 | 0 | 0 | 1 | 4,5 | 10 | 11 |
| Okt 18 | 31 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 15 | 16 |
| Nov 18 | 41 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 14 | 27 |
| Dez 18 | 28 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 7 | 21 |
| Jahr 2018* | 459 | 2 | 3 | 3 | 3 | 2,4 | 187 | 261 |
| Jan 19 | 47 | 0 | 1 | 0 | 1 | 4,3 | 16 | 29 |
| Feb 19 | 52 | 0 | 3 | 0 | 0 | 5,8 | 18 | 31 |
| Mrz 19 | 45 | 0 | 0 | 0 | 1 | 2,2 | 20 | 24 |

| Zeitraum | Asyl- entscheidungen | davon: | | | | | | |
|-------------|-------------------------|---|--|--|---|---|-------------|---|
| | | Aner- kennung als Asyl- berechtigte | Aner- kennungen als Flüchtling nach § 3 AsylG | Gewährung von subsidiärem Schutz nach § 4 AsylG | Feststellung eines Abschiebungs- verbots nach § 60 V/VII AufenthG | Anteil der positiven Ent- scheidungen an allen Ent- scheidungen (in Prozent) | Ablehnungen | sonstige Verfahrens- erledigungen (Einstellungen, Dublin- Verfahren) |
| Apr 19 | 37 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 15 | 22 |
| Mai 19 | 46 | 0 | 1 | 0 | 0 | 2,2 | 12 | 33 |
| Jun 19 | 33 | 0 | 0 | 0 | 1 | 3,0 | 10 | 22 |
| Jul 19 | 30 | 0 | 1 | 0 | 0 | 3,3 | 11 | 18 |
| Aug 19 | 28 | 0 | 1 | 0 | 0 | 3,6 | 8 | 19 |
| Sep 19 | 20 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,0 | 3 | 17 |
| Jan-Sep 19* | 331 | 0 | 7 | 0 | 3 | 3,0 | 113 | 208 |

*kumulierte Werte: Aufgrund von Nachmeldungen und Berichtigungen entsprechen die Daten des kumulierten Zeitraums nicht genau der Addition der Monatswerte

Differenzierung der Asylantragsteller nach Altersgruppen und Geschlecht

| | Jahr 2017 | Jahr 2018 | Jan-Sep 2019 |
|---------------------------|------------|------------|--------------|
| Gesamt | 378 | 366 | 278 |
| <i>nach Geschlecht:</i> | | | |
| männlich | 327 | 312 | 238 |
| weiblich | 51 | 54 | 40 |
| <i>nach Altersstufen:</i> | | | |
| bis unter 16 Jahre | 37 | 44 | 34 |
| von 16 bis unter 18 Jahre | 19 | 10 | 9 |
| von 18 bis unter 25 Jahre | 139 | 127 | 88 |
| von 25 bis unter 30 Jahre | 63 | 71 | 46 |
| von 30 bis unter 35 Jahre | 69 | 62 | 53 |
| von 35 bis unter 40 Jahre | 28 | 31 | 29 |
| von 40 bis unter 45 Jahre | 15 | 17 | 14 |
| von 45 bis unter 50 Jahre | 5 | 2 | 3 |
| von 50 bis unter 55 Jahre | 2 | 2 | 1 |
| von 55 bis unter 60 Jahre | 1 | 0 | 1 |
| von 60 bis unter 65 Jahre | 0 | 0 | 0 |
| 65 Jahre und älter | 0 | 0 | 0 |

Verfahrensdauer, insbesondere Entscheidungen in besonderen Aufnahmeeinrichtungen

| Zeitraum | Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten | darunter: beschleunigte Verfahren |
|--------------|--|-----------------------------------|
| 2017 | 17,4 | 10,1 |
| 2018 | 9,7 | 6,3 |
| Jan-Sep 2019 | 5,3 | 3,2 |

Anhängige Klageverfahren

| Gerichtsstatistik für Erst- und Folgeanträge über Klagen, Berufungen, Revisionen | | |
|--|------------|------------|
| anhängig zum Stichtag: | | |
| 31.12.2017 | 31.12.2018 | 31.08.2019 |
| 593 | 495 | 456 |

Hinweis: Die Gerichtsstatistik beruht ausschließlich auf BAMF-internen Daten und ist daher nicht mit den Daten der amtlichen Gerichtsstatistik des Statistischen Bundesamts vergleichbar.

Entwicklung der Zahl der Ausreisepflichtigen

| Monat | aufhältige Staatsbürger | darunter ausreisepflichtig | davon mit Duldung |
|--------|-------------------------|----------------------------|-------------------|
| Jun 17 | 5.169 | 1.237 | 905 |
| Dez 17 | 4.995 | 1.275 | 1.027 |
| Jun 18 | 5.053 | 1.310 | 1.072 |
| Dez 18 | 5.100 | 1.265 | 1.038 |
| Jun 19 | 5.181 | 1.201 | 987 |

Quelle: Ausländerzentralregister; Bestand jeweils zum Ende des genannten Monats

Zahl der Abschiebungen

| Jahr | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 1 | 5 | 5 | 4 | 2 | 6 | 23 |
| 2018 | 4 | 8 | 3 | 4 | 3 | 4 | 7 | 3 | 3 | 4 | 5 | 4 | 52 |
| 2019 | 5 | 3 | 8 | 13 | 14 | 4 | 23 | 4 | 12 | | | | 86 |

Anzahl der freiwilligen Ausreisen mittels des Bund-Länder-Programms REAG/GARP¹⁵

| Jahr | Jan | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez | Gesamt |
|--------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|--------|
| 2017 | | | | | | | 4 | 5 | 2 | 3 | 5 | 2 | 21 |
| 2018 | 1 | 2 | 1 | 2 | 2 | 1 | 0 | 0 | 1 | 3 | 1 | 0 | 14 |
| 2019 ¹⁶ | 1 | 4 | 1 | 0 | 1 | 1 | 3 | 3 | 3 | | | | 17 |

¹⁵ REAG: Reintegration and Emigration Program for Asylum-Seekers in Germany; GARP: Government Assisted Repatriation Program

¹⁶ vorläufige Zahlen